

Die Europäische Union im Spannungsfeld von Identitätssuche und Diplomatie

Aus britischen und französischen Fachzeitschriften, 1. Halbjahr 2001

Peter Schmidt

Drei Themen erscheinen in den hier betrachteten Zeitschriften zentral. Das erste betrifft die Frage einer «europäischen Identität». Sie stand stets auf der Diskussionsagenda der Europäischen Gemeinschaft und später der Europäischen Union. Der französische Premierminister Lionel Jospin hat die Identitätsfrage in seiner Rede am 23. März dieses Jahres nun erneut in den Mittelpunkt gerückt. Er bezeichnete es als unvorstellbar, daß die Hauptstädte weitere Kompetenzen an Brüssel abgeben könnten, ohne daß die Union im voraus ihre Identität gefunden habe. Das zweite Thema beschäftigt sich mit dem Integrationsprozeß aus diplomatischer Perspektive – am Beispiel des europäischen Gipfels von Nizza. Dieser Gipfel stellte für Paris ein bedenkliches Ereignis dar, ließen sich doch die Risse im deutsch-französischen Verhältnis nicht mit dem vielzitierten Anspruch von Frankreich und Deutschland als »Motor Europas« in Einklang bringen. Der dritte Fragenkomplex betrifft das Verhalten der USA gegenüber einer europäischen Identität vor allem auf dem Gebiet der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Welche Rolle spielt Europa nach der Amtsübernahme von Präsident George W. Bush im außen- und sicherheitspolitischen Konzept Amerikas? Inwieweit wollen die USA die Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik stützen oder behindern?

Die Europäische Union – auf dem Weg zum Staat ohne Demos?

Vor allem zwei Studien sind in Zusammenhang mit der europäischen Identitätsfrage von Interesse. Die erste stammt von **Peter van Ham** vom niederländischen Forschungsinstitut Clingendael, in *International Politics*, und konzentriert sich auf die Frage, wie

homogen die EU in politischer und kultureller Hinsicht zu einer Zeit sein muß, zu der sie immer mehr staatsähnliche Funktionen übernimmt, nicht nur auf ökonomischem Gebiet und speziell in der Währungspolitik, sondern auch in der Außen- und Sicherheitspolitik. Die zweite ist das Ergebnis eines empirischen Forschungsprojekts von **Martin Marcussen, Thomas Risse, Daniela Engelmann-Martin, Hans Joachim**

Knopf und Klaus Roscher unter dem Titel: »Constructing Europe? The evolution of French, British and German nation states Identities« (Sonderheft von *Journal of European Public Policy*). Sie beginnt mit der Frage, warum sich in Großbritannien in den letzten 50 Jahren die angelsächsische Orientierung im Verhältnis zur europäischen nur wenig abgeschwächt habe, während sich in Deutschland schon seit Ende der 50er Jahre eine deutliche europäische Ausrichtung beobachten ließ und selbst der französische Nationalismus nun auch europäisch eingefärbt sei.

Während die erste Studie mit Blick auf die fortschreitende Vertiefung und Erweiterung der Union die Frage untersucht, was an »europäischer Identität« in Zukunft nötig sein wird, hat die zweite es sich zum Ziel gesetzt zu erklären, warum der Prozeß der politisch-kulturellen »Europäisierung« in den drei untersuchten Staaten so unterschiedlich verlaufen ist.

Beide Arbeiten lassen sich somit als komplementäre Untersuchungen begreifen, was es rechtfertigt, daß mit der Arbeit von Marcussen et al. eine Studie besprochen wird, die schon im Jahre 1999 veröffentlicht wurde. Sie wird hier auch deshalb einbezogen, weil sie für eine sogenannte konstruktivistische Herangehensweise an die Welt der internationalen Beziehungen steht, die die methodische und theoretische Debatte dieser Disziplin wesentlich mitbestimmt.

Peter van Ham geht von dem Gedanken aus, daß es längerfristig eine gewisse »EU-Identität« geben muß, wenn das Projekt der europäischen Integration erfolgreich sein soll. Er fragt sich, wie homogen Europa in politisch-kultureller Hinsicht sein muß und welches Maß an Solidarität und gemeinsamer Erfahrung notwendig ist, um das europäische Projekt zu einem Erfolg zu machen. Ebenso stellt er sich die Frage, inwieweit die EU selbst zum Zentrum der politischen und kulturellen Identität ihrer Bürger werden muß. Entscheidend ist allerdings seine letzte Frage: Ist es vorstellbar, daß es eine Form des »Europäertums« gibt, die die nationale Identität ersetzt?

Um sich Antworten zu nähern, prüft er zwei gegenläufige Thesen. Die erste geht davon aus, daß die EU unbedingt ein Gemeinschaftsgefühl für ihre weitere Entwicklung braucht. Die zweite betrachtet die Forderung nach einer EU-Identität als nicht zeitgemäß. Sie wird als ein überkommenes Erbe des westfälischen, staatsorientierten Systems betrachtet, das – zumindest im Westen – im Zeichen weltumspannender Verflechtung seinem Ende zugeht. Wie schon der 1951 verstorbene französische Philosoph Alain de Benoist lautet die Argumentation der zweiten Denkrichtung, daß sich ein Empire nicht in erster Linie auf ein Territorium gründet, sondern auf eine Idee oder ein Prinzip.

Seine eigene Position zu dieser Frage faßt van Ham in der Formulierung zusammen, daß es in Anbetracht der historisch gesehen kurzen Lebenszeit des Nationalstaates unverfroren sei, ihn als einzigen Rahmen für alle vernünftigen Formen der politischen und kulturellen Entwicklung zu betrachten. Gleichzeitig sieht er jedoch, daß die »nationalen Fossilien«, wie er sie nennt, unverzichtbar sind, auch wenn der Nationalstaat unter dem Einfluß der Europäischen Union keine große Geschichte mehr schreibt. Folglich gilt für den Autor, daß eine Philosophie der Globalisierung als *Deus ex machina* für die europäische Integration ebenso ausscheidet wie die Idee des Nationalstaats.

Vor diesem Hintergrund untersucht er die verschiedenen Grundlagen von nationaler und europäischer Identität, die republikanische (Beispiele: Frankreich, USA), die ethnische (Polen, Deutschland) und die multikulturelle, die er vor allem in Australien und Kanada verwirklicht sieht. Sehr bald jedoch bemerkt er, daß man, um eine neue Identität zu schaffen, auch neue Grenzlinien und Gräben ziehen muß. Es wird zwischen dem »Wir« und »den Anderen« unterschieden. Er sieht dieses Problem nicht nur – was verständlich wäre – vor dem Hintergrund einer sich auf 28 und mehr Staaten erweiternden Union,

sondern bezieht die Frage schon auf die existierende Union der 15 Mitgliedstaaten. Muß man, wenn man nach einer »Identität« der Union von Helsinki bis Lissabon und von Athen bis Edinburg ruft, nicht erwarten, daß sich die vielen Regionen der EU als Hort der Identität herausbilden und nicht das Europa Brüssels?

Die Lösung, die er vorschlägt, konnte man im Zusammenhang mit der Referendumsdebatte über den Maastrichter Vertrag auf Flugblättern an den Bäumen von Paris lesen: »Non à Maastricht, c'est la guerre« (Nein zum Maastrichter Vertrag, das bedeutet Krieg).

Konsequent sieht Peter van Ham die Lösung eher in einem Akt des kollektiven Vergessens der Jahrhunderte von Konflikt und Krieg in Europa als darin, eine gemeinsam erlebte Geschichte zur Identitätsgrundlage zu machen.

Damit begibt sich der Autor allerdings zwangsläufig auf einen wenig definierbaren Mittelweg. Auf der einen Seite räumt er ein, daß der Staat im postmodernen Zeitalter mit vielen anderen »Symbolgebern« konkurrieren muß und deshalb nur beschränkte Möglichkeiten hat, eine europäische staatliche Identität zu schaffen. Andererseits sollte er dies aus der Sicht van Hams aus Gründen der Ordnungspolitik auch gar nicht tun, weil damit die Fehler der nationalen Vergangenheit nur wiederholt würden. Für den Autor besteht kein großer Unterschied zwischen dem Ruf: »Deutschland den Deutschen« und »Europa den Europäern«. Doch damit ist er an einem Punkt angelangt, an dem er das, was er anstrebt, nämlich die Schaffung einer europäischen Identität, eigentlich nicht mehr nur als unerreichbar betrachtet, sondern auch gar nicht mehr will.

Notwendigerweise kommt er auf diese Weise zu einem Ergebnis, das er Nicht- oder Semi-Identität nennt, nämlich Identitäten, die sich nicht nur laufend verändern, sondern die komplementär existieren und sich überlappen. Europäer, die von der »europäischen Heimat« träumen, werden deshalb von Peter van Ham enttäuscht sein.

Einen letzten Punkt gilt es festzuhalten. Peter van Ham spricht es selbst nicht aus, doch ist es in den Ergebnissen seiner Studie angelegt, daß in dieser Sicht die Vorstellung einer zentral gesteuerten, vielleicht sogar nur einer föderativ strukturierten EU, kein erreichbares und darüber hinaus auch kein erstrebenswertes Ziel mehr darstellt.

Die Stärke und Schwäche der Arbeit von **Marcussen et al.** ist, daß sie sich in konstruktivistischer Manier auf den Diskurs über die Verknüpfung von nationaler und europäischer Identität in Deutschland, Frankreich und Großbritannien konzentriert. Stärke deshalb, weil mit dieser Beschränkung ein durchaus stimmiges Erklärungsmuster für die Frage gefunden werden kann, wie sich nationale und europäische Identität in Großbritannien, Frankreich und Deutschland entwickelt haben, Schwäche deswegen, weil ausgeblendet wird, wie sich diese Staaten in der europäischen Politik tatsächlich und warum sie sich in einer bestimmten Weise verhalten haben. Konsequenz: Die europäische Wende, die die britische Politik mit der Rede Blairs in Pörtlach (Österreich) am 24. Oktober 1998 und der britisch-französischen Erklärung von St. Malo am 4. Dezember 1998 vollzogen hat, kann mit diesem Ansatz nicht erklärt werden. Der Grund liegt darin, daß sich die Analyse nur auf das Muster des britischen Diskurses über die »angelsächsische Sonderstellung« konzentriert und nicht auf die tatsächliche innenpolitische und europapolitische Dynamik.

Trotzdem handelt es sich um eine aufschlußreiche Studie, unter anderem weil die Autoren nachweisen können, daß simplifizierende Versuche zur Erklärung der europäischen Entwicklung, etwa in Form der neo-funktionalistischen Theorie, die differenzierte Realität in den Staaten der EU nicht erfassen können. Nur für Frankreich trifft die neo-funktionalistische Annahme zu, daß europäische Integration zunehmend dazu führt, politische Loyalitäten nach Brüssel zu transferieren: Deutschland hatte seine Loyalität gegenüber Brüssel schon entwickelt, als die

europäische Integration noch in den Kinderschuhen steckte, die britische Identität hingegen blieb bis Ende der 90er Jahre weitgehend in der angelsächsischen Welt verankert.

Warum und wie sich die europäische Orientierung in den drei Ländern so unterschiedlich ausbildete, wird mit drei Faktoren in Verbindung gebracht, die in den drei untersuchten Mitgliedstaaten recht unterschiedlich waren:

- mit der sogenannten Resonanz-These, das heißt mit dem Zwang politischer Eliten, neue Vorstellungen einer politischen Ordnung mit den traditionellen Vorstellungen kompatibel zu halten (so läßt sich zum Beispiel die Europa-Idee in Frankreich dann besonders problemlos begründen, wenn sie mit den traditionellen französischen Werten Brüderlichkeit, Freiheit, Gleichheit und den Menschenrechten in Verbindung gebracht werden kann);
- mit der These, daß Wandel vor allem dann erfolgen kann, wenn sich die alten Visionen an kritischen Wegmarken für alle erkennbar nicht mehr durchsetzen lassen;
- mit der Frage, ob konkurrierende Ordnungsvorstellungen in den Nationalstaaten es erleichtern, alternative Wege zu wählen (so konkurrierte z.B. in Frankreich in den 80er und 90er Jahren das liberal-nationalistische mit dem europäischen Integrationsmodell).

Vor diesem Hintergrund kritisieren die Autoren nicht nur die Feststellung – etwa von Graf Kielmannsegg und Beate Kohler-Koch –, daß es auf absehbare Zeit keinen »europäischen Demos« geben wird,¹ sondern wenden sich gleichermaßen gegen die konkurrierende Auffassung, daß die euro-

päischen Völker bereits auf dem Weg zu einer Gemeinschaft im politisch-kulturellen Sinne sind.²

Die Autoren weisen nach, daß sich die Verknüpfung von nationaler und europäischer Identität in den drei untersuchten Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich entwickelt hat. Während in Deutschland und Frankreich – jeweils zu unterschiedlichen Zeiten und aus unterschiedlichen Gründen – die nationale Identität mit der europäischen verknüpft wurde, ist das in Großbritannien nicht beobachten.

Auch wenn die Schlußfolgerung kaum neu ist, daß eine verschachtelte Form europäischer und nationaler Identitäten heute dem aus mehreren Ebenen bestehenden Entscheidungssystem der EU adäquat sei, bietet die Studie doch gute Erklärungsansätze für zwei Phänomene der Entwicklung: (a) wie und warum sich nationale und europäische Identität in den einzelnen Mitgliedstaaten verbinden und (b) wie schwierig es ist, diese Verknüpfung unter den Mitgliedstaaten zu synchronisieren.

L'après Nice – französische Ein- und Aussichten

In der Sommer-Nummer von *Politique Etrangère* findet man zwei Artikel, die sich in unterschiedlicher Perspektive mit dem EU-Gipfel von Nizza vom Dezember 2000 auseinandersetzen. **Hans Stark**, als *secrétaire générale du Comité d'études des relations franco-allemandes (CERFA)* quasi berufsmäßig mit den deutsch-französischen Beziehungen beschäftigt, äußert sich zu der Frage, wie es nach Nizza mit der europäischen Integration weitergehen soll. Vor allem beschäftigt er sich mit dem Problem, warum Deutschland und Frankreich nicht mehr gemeinsam die Integration vorantreiben. **Philippe Moreau Defarges** legt

¹ Siehe Peter Graf Kielmannsegg, Integration und Demokratie, in: Beate Kohler-Koch/Markus Jachtenfuchs (Hg.), Europäische Integration, München 1996, S. 47–71, und Beate Kohler-Koch, Die Europäisierung nationaler Demokratien: Verschleiß eines europäischen Kulturerbes?, in: Michael Th. Greven (Hg.), Demokratie – Eine Kultur des Westens?, Opladen: Leske + Budrich, 1998, S. 263–288.

² Siehe z.B. Dieter Fuchs, Demos und Nation in der Europäischen Union, in: Hans-Dieter Klingemann/Friedhelm Niedhardt (Hg.), Zur Zukunft der Demokratie – Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung, WZB-Jahrbuch 2000, Berlin 2000, S. 215–236.

dagegen eine Studie vor, bei der sich das Fragezeichen in der Überschrift, »Après Nice: vers un gouvernement fédéral?«, eigentlich erübrigt, da er sich entschieden zugunsten einer europäischen Regierung ausspricht.

Der besondere Wert des historischen Teils der Studie von **Stark** liegt im unbefangenen kritischen Blick auf den deutsch-französischen Brückenschlag. Er erinnert an die Vertrauenskrise 1969–1974, als Deutschland unilateral auf europäischer Ebene die Initiative ergriff und mit dem Beginn der Ostpolitik seine wachsende Emanzipation in der Außenpolitik dokumentierte. Ebenso benennt er die Konflikte für die Zeit danach (1974–1995), die vielfach als die goldene Ära der deutsch-französischen Beziehungen bezeichnet wird. Da waren zunächst die Auseinandersetzungen um die Nachrüstung der NATO, bei der die deutsche Friedensbewegung in Frankreich Furcht vor einem deutschen Neutralo-Pazifismus« auslöste, der die politische Landkarte zugunsten der Sowjetunion verändert hätte. Ebenso kritisch wurde in Frankreich die frühzeitige Anerkennung Sloweniens und Kroatiens durch Deutschland 1991 gesehen. Sie brachte der deutschen Regierung den Vorwurf ein, sie wolle im neuen Europa eine hegemoniale Position einnehmen.

Stark bezieht auch die deutlichen Auffassungsunterschiede zwischen beiden Ländern über die Einführung des Euro und die Rolle der Europäischen Zentralbank mit ein sowie das Verhältnis Frankreichs zur NATO und die unterschiedlichen Prioritäten Frankreichs und Deutschlands für das Europäische Parlament. Seine Analyse erinnert damit an eine Diagnose, die Michel Tatu schon 1982 äußerte – daß der Elysée-Vertrag von 1963 insofern ein Paradoxon darstelle, als er nicht zwei politisch ähnliche Länder aneinander koppele, sondern gerade zwei, die sich in ihren außen- und innenpolitischen Orientierungen grundsätzlich unterschieden.³

Was tun? Hans Stark ruft ins Gedächtnis, daß es Deutschland und Frankreich vor langen Jahren gelang, eine Methode für den Umgang mit diesen Divergenzen zu finden: die Abstimmung zwischen Paris und Bonn vor den jeweiligen Gipfeltreffen der EU. Vor dem Maastrichter Vertrag haben die beiden Länder fünf Initiativen gestartet, die den Inhalt des Vertrages wesentlich bestimmten; vor dem Gipfel von Amsterdam 1997 legten deutsche und französische Diplomaten vier gemeinsame Dokumente zum Konzept der Flexibilität, der verstärkten Zusammenarbeit und für eine Verbesserung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) vor.

Im Vorfeld des Gipfels von Nizza hingegen ist diese Arbeitsmethode nicht praktiziert worden. Stark schenkt dem französischen Argument keinen Glauben, daß dies nötig gewesen sei, weil Frankreich durch die Präsidentschaft eine Schiedsrichterrolle zugefallen sei; Frankreich hätte die Möglichkeit gehabt, mit Deutschland die entsprechenden Vorbereitungen bereits vor der Übernahme der Präsidentschaft zu treffen; frühere Initiativen seien auch im Verlauf mehrerer Präsidentschaften ausgearbeitet worden.

Insofern, so der Autor, habe Frankreich selbst wesentlich zu den Schwierigkeiten beigetragen, die im Verlauf des Gipfels aufgetreten seien. Allerdings war nach seiner Auffassung auch Deutschland an den Pannen von Nizza beteiligt, da es in unangemessener Weise die Frage der Stimmengewichtung der Mitgliedsländer im Rat in den Vordergrund rückte.

Was bleibt? Nach Stark besteht die Gefahr, daß Nizza in französischer und deutscher Wahrnehmung tiefe Spuren hinterläßt und das Verhältnis auf Dauer gestört bleibt: In Frankreich bestehe die Tendenz, Nizza als Illustration einer neuen, machtorientierten Attitüde des Nachbarn zu betrachten. In Deutschland könne die Art und Weise, wie der französische Präsident den Gipfel orchestrierte, als Beleg

³ Michel Tatu, Außenpolitik zwischen Ost und West, in: Robert Picht, Das Bündnis im Bündnis.

Deutsch-französische Beziehungen im internationalen Spannungsfeld, Berlin 1982, S. 69.

dafür verstanden werden, daß Paris sich weigere, den neuen Realitäten nach dem Ende des Kalten Krieges Rechnung zu tragen.

Wie finden die beiden Länder wieder zu ihrer alten Rollen zurück? Stark plädiert für einen Neuanfang in den deutsch-französischen Beziehungen. Ziel müsse es sein, das deutsch-französische Tandem wieder zum »Motor« für Europa zu machen. Einen Anknüpfungspunkt sieht er in der Verständigung des Gipfels von Blaesheim am 31. Januar 2001. Dort haben sich die beiden Regierungen geeinigt, alle 6 bis 8 Wochen informelle Treffen auf höchster Ebene zum Thema EU-Vertiefung durchzuführen. Diese Begegnungen bieten nach Stark die Gelegenheit, die Divergenzen wieder im Vorfeld und nicht im Verlauf von Gipfeltreffen beizulegen. Voraussetzung sei allerdings, daß Deutschland die Schwierigkeiten Frankreichs anerkenne, sich entgegen seinen republikanischen Traditionen und Werte zu verhalten. Dies ist eine etwas verschlüsselte Formulierung und bedeutet wohl letztlich, daß sich die deutsche Regierung mit den betont intergouvernementalen Vorstellungen Frankreichs für die Entwicklung der Europäischen Union zufriedengeben und die eigenen, stärker bundesstaatlich geprägten Vorschläge, hintanstellen soll.

An die Schlußfrage von Hans Stark, ob eine Union von 27 Staaten nicht am ehesten im Sinne deutscher Vorstellungen, das heißt auf föderative Weise regiert werden könne, knüpft Defarges an. Für die Forderung Starks, die Deutschen sollten den französischen intergouvernementalen Vorstellungen entgegenzukommen, hat Defarges kein Verständnis. Er sieht im gegenwärtigen Entscheidungssystem Europas mit dem Europäischen Rat im Mittelpunkt schlicht einen Jahrmarkt der Sonderinteressen (*marchandage entre des intérêts particuliers*). Darüber hinaus sei das Vorschlags-Monopol der EU-Kommission zunehmend zur Fiktion geworden, da ihre Verantwortlichkeiten mehr und mehr aufgesplittet würden; insgesamt sei die EU

auf dem besten Wege, zur institutionellen Dauer-Baustelle zu werden.

Für Defarges fehlen nur vier Elemente, um Europa zu vollenden: eine Verfassung, die von den Völkern Europas (nicht nur von Diplomaten) akzeptiert wird; die volle Rechtspersönlichkeit für die EU; reale Fiskalgewalt für das Europäische Parlament; sowie eine supranationale, europäische Regierung (*Le gouvernement européen sera supranational ou ne sera pas*). Die legislative Funktion soll gemeinsam vom Europäischen Rat, dem Europäischen Parlament, einer Kammer der nationalen Parlamente und einer Kammer der Regionen ausgeübt werden. Ob diese Verfassung von den Völkern Europas akzeptiert würde, fragt er sich allerdings nicht. Ebensowenig setzt er sich mit der Frage auseinander, ob es realistisch wäre, der EU Finanzhoheit zu geben. Auch bleibt offen, ob vier Legislativorgane tatsächlich ein effektives Entscheidungssystem bilden können. Mit Blick auf die demokratische Legitimation europäischer Politik wird der Europäische Rat auf Defarges Reißbrett jedenfalls zum bloßen Sprecher für die legitimen staatlichen Interessen der Mitgliedsländer, zu einem Sprecher, der nur dort notwendigerweise ins Spiel kommt, wo es um die großen Linien und Normen für praktische Politik geht.

Europa zuerst oder zuletzt? Plädoyer für eine europazentrierte Politik der USA

Der letzte hier vorzustellende Aufsatz, von **Ivo H. Daalder** und **James M Goldgeier** von der renommierten Brookings Institution und der George Washington University, läßt bereits im Titel die Stoßrichtung erkennen: »Putting Europe First« – auch die Bush-Administration soll Europa in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik an die erste Stelle setzen. Der Titel macht deutlich, daß die Autoren nicht abwägen wollen, welche der verschiedenen Optionen für die amerikanische Politik am günstigsten ist. Vielmehr

wollen sie ein Plädoyer für eine europaorientierte Politik abgeben. Damit erliegen sie natürlich der Versuchung, die US-Tendenz auszublenden, sich auf den asiatischen Raum zu konzentrieren.

Trotzdem ist dieser Aufsatz vor allem deshalb von Interesse, weil er deutlich macht, daß es weiterhin gewichtige Argumente dafür gibt, daß Amerika seine Bindung an Europa aktiv gestaltet und gegenüber einem stärker werdenden Europa eine positive Haltung einnimmt. Die Autoren begründen das vor allem mit der anstehenden politischen Agenda, der auch die neue Administration nicht ausweichen könne und die sie – quasi automatisch – in eine europaorientierte Ausrichtung zwingt: Die anstehende NATO-Erweiterung erfordert nach ihrer Auffassung eine aktive amerikanische Haltung, wenn dieser Prozeß nicht scheitern soll; die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik kann als willkommene Entlastung für Amerika verstanden werden, ohne daß sie die amerikanische Präsenz in Europa überflüssig macht; das Vorhaben einer Raketenverteidigung muß mit Europa abgestimmt werden, da sonst die Gefahr besteht, daß die Vereinigten Staaten ihren wichtigsten Partner verlieren; die Probleme auf dem Balkan erfordern eine amerikanische Präsenz, wenn der Friedensprozeß überhaupt eine Chance haben soll. Für das Ziel, Rußland in ein kooperatives Verhältnis zum Westen zu bringen, bedarf es einer europäisch-amerikanischen Zusammenarbeit, da die EU dabei zwangsläufig eine wichtige Rolle spielt; und schließlich wäre nach Auffassung der Autoren ein handlungsfähiges Europa der beste Partner Amerikas, wenn es darum geht, den vielfältigen und globalen Herausforderungen und Gefahren zu begegnen und die vorhandenen Chancen für eine bessere Weltordnung zu nutzen.

Anzeichen, daß die von den Autoren genannten Zugkräfte bereits wirksam sind, lassen sich in der amerikanischen Politik vor allem auf zwei Gebieten ausmachen: Auf dem Balkan ist nicht mehr von einem

unilateralen amerikanischen Rückzug die Rede, bei der NATO-Erweiterung betreibt die Administration eine zunehmend aktive Politik. Es ist somit durchaus wahrscheinlich, daß die Cassandra-Rufe, die die USA schon auf dem Rückzug vom europäischen Kontinent sahen, keinen Widerhall in der Realität finden.

Vorgestellte Aufsätze

Ivo H. Daalder/James M. Goldgeier, Putting Europe First, in: *Survival*, 43 (Frühjahr 2001) 1, S. 71–91

Peter van Ham, Europe's Postmodern Identity: A Critical Appraisal, in: *International Politics*, 38 (Juni 2001) 2, S. 229–251

Martin Marcussen/Thomas Risse/Daniela Engelmänn-Martin/Hans Joachim Knopf/Klaus Roscher, »Constructing Europe? The Evolution of French British and German Nation States Identities«, in: *Journal of European Public Policy*, Special Issue, 1999, S. 614–633

Philippe Moreau Defarges, Après Nice: vers un gouvernement fédéral?, in: *Politique Etrangère*, 66 (2001) 2, S. 277–288

Hans Stark, France–Allemagne: quel après-Nice?, in: *Politique Etrangère*, 66 (2001) 2, S. 289–299

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2001
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Gestaltungskonzept
Gorbach Büro für Gestaltung
und Realisierung
Buchendorf